

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kugenburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfessions-Gebühr
 beträgt für die sechsmonatige Kolonialisations- oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erstmal täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 9. Juli 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der preussische Parteitag

wird zum 21. November dieses Jahres nach Berlin einberufen.

Nähere Angaben sowie die Tagesordnung werden später veröffentlicht und den Genossen zugänglich gemacht.
 Die Einberufer.

Die christlichen Gewerkschaften.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften, dessen statistischen Teil der „Vorwärts“ bereits behandelt hat, enthält Ausführungen prinzipieller und tatsächlicher Art, die eine kurze Betrachtung lohnen. So heißt es da, daß die christlichen Gewerkschaften auf dem Dresdener Kongress (1906) die Stellung ihrer Bewegung zu den verschiedenen Fragen offen und zusammenfassend dargelegt haben. Danach sind die christlichen Gewerkschaften „eine selbständige Gruppe von Lohnarbeitern, die die Grundlage der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung als zweckmäßig und notwendig anerkennen. Infolge der großen Umwälzungen, die das neunzehnte Jahrhundert gebracht, bildet heute der industrielle Lohnarbeiterstand Deutschlands mit seinen Familienangehörigen rund den dritten Teil der Bevölkerung. Es erscheint daher gerechtfertigt, daß diesem Stande auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung ein größerer Einfluß eingeräumt wird... Die christlichen Gewerkschaften verlangen Mitbestimmung der Arbeiter bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages, fordern ein konstitutionelles Betriebssystem. Die Klassenkämpfe, den Klassenhaß mit seinem die Arbeits- und Berufsfreudigkeit lähmenden Einfluß lehnen die christlichen Gewerkschaften ab. Eine extreme Scheidung der Lohnarbeiterklasse von den anderen Volksschichten halten sie sowohl im vaterländischen Interesse wie im Interesse der Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft für verfehlt.“

Die christlichen Gewerkschaften lieben es von jeher, sich von den freien Gewerkschaften durch Betonung ihrer guten Gesinnung und staatshaltenden Treue auszuzeichnen. Sie verwerfen also den Klassenkampf, stellen sich auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und wollen Frieden halten mit den anderen „Ständen“. Das hört und liest sich ja ganz nett, es hat aber nicht gehindert, daß die Christlichen, wo sie praktisch vorgehen, sich genau so verhalten, wie die freien Gewerkschaften und daß sie den alten Verbänden bezüglich der Organisation, der Agitation und ihrer Einrichtungen alles bis ins kleinste nachmachen. Was die christlichen Gewerkschaften sind, das sind sie nur durch das Vorbild und die Vorarbeit der freien Gewerkschaften. Diese haben durch ihre Agitation und ihre Erfolge das Organisationsbedürfnis der Massen geweckt und auch die katholischen Arbeiter mitgerissen in das Streben um Besserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Wenn die Klassenbewusste Arbeiterbewegung den ultramontanen Gesinnungen fern geblieben wäre, gäbe es hier auch noch keine christlichen Gewerkschaften, und wenn es auf die politischen und geistlichen Vormünder der katholischen Arbeiter ankäme, ruhte das christliche Proletariat heute noch in dem Schlummer der Gleichgültigkeit. Unterordnung und Entfugung, der als christliche Tugend gilt. Und gewiß lag es auch in der Absicht der christlichen Gewerkschaftsführer, ihre Organisationen im Geiste der Bescheidenheit und Versöhnlichkeit zu halten, aber es ging nicht, weil die christlichen Arbeiter von der Organisation praktische Erfolge sehen wollten und diese Erfolge sich nicht durch den Hinweis christlicher und vaterländischer Gesinnung, sondern nur durch Kampf erreichen ließen. So schwören die christlichen Führer den Klassenkampf ab — und die christlichen Gewerkschaften führen ihn; die Führer wollen die Arbeiterklasse nicht von den „anderen Volksschichten“ trennen und müssen erleben, daß die „anderen Volksschichten“ sich von den christlichen Gewerkschaften trennen, wenn diese mit Ansprüchen an sie herantreten; die christlichen Führer verkünden die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, zugleich fordern die christlichen Gewerkschaften ein konstitutionelles Betriebssystem und größeren Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaftsordnung — Dinge also, die in den Augen der herrschenden Klasse als eine Umwälzerei höchsten Grades gelten.

Der diesjährige Bericht wiederholt den früheren Hinweis, daß manche Scharfmacher die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher halten, als die freien Verbände, und neuerdings wolle man in Unternehmungskreisen beobachtet haben, daß die christlichen die freien Gewerkschaften zu übertrumpfen suchen. Andere Leute seien der Meinung, christliche Organisationen dürften Forderungen überhaupt nicht stellen, sondern müßten des Christentums wegen ihre Mitglieder zu starker Duldbarkeit erziehen. Endlich wird gesagt, daß Unternehmer und Behörden in der Behandlung der christlichen Gewerkschaften ihren früheren Gepflogenheiten (Nährregelung, Verfolgung) treu geblieben seien — alles Weise, daß die Christlichen auf dem Holzwege sind, wenn sie glauben, durch Absage an den Klassenkampf und Anerkennung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Unter-

nehmer, die Bestehenden und Herrschenden günstig zu stimmen. Trotz aller gegenteiligen Erfahrungen beharren die Christlichen aber auch für die Zukunft auf ihrem Vertrauen. „Wir haben uns“, so heißt es in dem Bericht weiter, „noch nie der Illusion hingegeben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen werden könne. Dafür fehlen noch die äußeren Vorbedingungen (Umfang und Alter der Organisationen, Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation). Gält die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre an, so werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften bald 2 1/2 Millionen, die christlichen dagegen zirka 500 000 Mitglieder zählen. Und diese halbe Million bildet dann den Regulator sowohl gegenüber scharfmacherischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung.“

Wir sehen davon ab, daß aller Voraussicht nach die freien Gewerkschaften weit eher 2 1/2 Millionen Mitglieder haben werden, als die christlichen eine halbe; immerhin verdient es bemerkt zu werden, daß die Christlichen sich selber dauernd zur Minderheit innerhalb der Arbeiterbewegung verurteilen, zum Unterschied von früher, wo sie nicht allein den freien Verbänden gleichzukommen, sondern die Sozialdemokratie zum Stillstand zu bringen, sie zu „überwinden“ hofften. In dieser Beziehung hat man keine Ansprüche zu machen verstanden, sonst aber ist man großer Hoffnungen voll. „Durch das Erstarken der christlichen Gewerkschaften“, heißt es, „wird den Scharfmachern der Boden abgegraben, und zwar dadurch, daß in den verschiedenen bürgerlichen Parteien, innerhalb derer sich die christlichen Gewerkschaftler beteiligen, die sozialpolitisch fortschrittliche Richtung gestärkt wird.“

Wirklich? Was ist denn seit Bestehen der christlichen Gewerkschaften, also seit Mitte der neunziger Jahre, in der Sozialpolitik an grundlegenden Maßnahmen geschaffen worden; inwiefern ist in den bürgerlichen Parteien die sozialpolitisch fortschrittliche Richtung gestärkt worden, und wo ist der Boden, den man den Scharfmachern abgerungen hat? Das christliche Gerede ist um so drolliger, als es laut wird zu der Zeit, da Bogdanowky gehen muß, ohne auch nur vermocht zu haben, die bescheidenen Wünsche des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Frankfurt durchzuführen. Ebenso einseitig ist die Zuversicht, daß die christlichen Gewerkschaften imstande sein sollen, die „politische und gewerkschaftliche Taktik der sozialdemokratischen Bewegung“ zu beeinflussen. Die Christlichen haben sich in dieser Beziehung ja immer unendliche Mühe gegeben. Schon in der nach ihrem ersten Kongress (Mainz 1899) erschienenen Programmschrift „Christliche Gewerkschaften“ (W.-Gladbach) hieß es:

„Die sozialdemokratische Partei will die Gewerkschaftsbewegung nur gelten lassen, wenn sie ihr dienlich ist zur Erlangung der politischen Macht. Eine christliche Organisation hat deshalb darauf hinzuwirken, daß dieser sozialdemokratische Geist aus den sogenannten freien Gewerkschaften zurückgedrängt wird. Sie muß die freien Gewerkschaften immer mehr dahin zu bringen suchen, daß sie sich von der Partei loslösen; sie muß zwischen den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine immer größere Kluft schaffen, bis schließlich die ersteren dem Einflusse der letzteren völlig entzogen sind.“

Nach dieser Anweisung haben die Christlichen zu arbeiten sich bemüht. Was ist bei ihrem Bemühen herausgekommen? Nichts! Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind unbefümmert um die Christlichen ihren Weg gegangen, und statt eine Kluft zwischen sich zu lassen, haben sie sich einander genähert in dem Bewußtsein von der Untrennbarkeit der wirtschaftlichen und politischen Fragen, sich gegenseitig gefördert in der Verfolgung des gemeinsamen Zieles: der Befreiung der Arbeiterklasse aus der Knechtschaft des Kapitals. Um so lächerlicher die Annahme der Christlichen, als Minderheitsbewegung beizutreten zu können. Wir verkennten nicht, daß einzelne Verbände der Christlichen, so die Bergarbeiter im Ruhrrevier, die Textilarbeiter am Niederrhein, eine ansehnliche Macht darstellen und als solche den freien Gewerkschaften zu schaffen machen können. Ihre Unzuverlässigkeit und ihre Neigung zur Verräterei sind geeignet, im Falle der Not auch eine christliche Minderheit gefährlich werden zu lassen. So wird in gewissen Fällen und in bestimmten Gegenden eine Rücksichtnahme auf die Christlichen geboten sein, und es liegt auch kein Grund vor, wo sie sich zuverlässig zeigen, sie als Minderheit von der Mitwirkung an der Vertretung der Arbeiterinteressen auszuschließen. Aber sie mögen den Wahnsinn fahren lassen, als ob sie maßgebend sein könnten für die Richtung, die Taktik und das Tempo der Arbeiterbewegung. Die Führung gebührt der Klassenbewussten Arbeiterkraft, die ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie und ihre wirtschaftliche Vertretung in den Gewerkschaften hat, nicht aber einer Sonderbewegung, die politisch nur als Anhängel kapitalistischer Parteien in Betracht kommt und gewerkschaftlich vorkiefern muß mit dem, was andere von ihrer reichen Ernte übrig lassen.

Der Bericht verwendet sodann viele Mühe auf den Nachweis, daß die christlichen Gewerkschaften nicht, wie von der Sozialdemokratie behauptet werde, ultramontane Organisationen seien.

„Als die interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsidee bei den Arbeitern größeren Anklang fand, suchte die rheinisch-westfälische Sozialdemokratie den durch die politischen Kämpfe beackerten Boden für ihre Zwecke auszunützen: es wurden, um die evangelischen Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften abzuschneiden und sie für sozialdemokratische Organisationen gefügiger zu machen, die Worte „Zentrumsgewerksvereine“ und „ultramontane Organisationen“ dem sozialdemokratischen Agitationsarsenal einverleibt.“

Das stimmt nicht. Die Sozialdemokratie hat nicht gewartet, bis die „christliche Gewerkschaftsidee“ größeren Anklang fand, sondern sie hat von vornherein die christlichen Gewerkschaften als das gefenzeichnet, was sie sind: ein parteipolitisches Unternehmen des Zentrums, mit dem Zweck, die katholischen Arbeiter von der Verührung mit den anders gesinnten Klassenossen, mit den Sozialdemokraten in den freien Gewerkschaften fernzuhalten, um sie nicht als Wähler zu verlieren. Das interkonfessionelle Mantelchen diente dazu, den parteipolitischen Pferdeschuh zu verbergen und weiter die ultramontanen Reihen durch evangelische Zuläufer zu verstärken, was namentlich im gemischt bevölkerten Ruhrgebiet für den Bergarbeiterverband, die erste und stärkste christliche Organisation, in Betracht kam. Die Mitwirkung von Leuten wie Behrens beweist nichts gegen den ultramontanen Charakter der christlichen Gewerkschaften, sintemalen die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Stöckerlinge sich kaum von denen der Römlinge unterscheiden und etwaige religiöse Meinungsverschiedenheiten gedämpft werden durch den gemeinsamen Haß gegen die Sozialdemokratie.

Zur Wahlrechtsreform in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben:
 Die sächsische Regierung hat der Bauener Tafelrede des Herrn v. Hohenthal, durch die das bisherige Dunkel über die Wahlrechtsreform etwas gelichtet wurde, unmittelbar die Veröffentlichung des ganzen Gesetzentwurfs samt der Begründung folgen lassen. Dadurch werden einige Unklarheiten beseitigt, die bisher über die Art der Verhältniswahl, die Einteilung der Wahlkreise und einige andere Fragen noch bestanden.

Wie bereits bekannt geworden ist, sollen nach dem neuen sächsischen Wahlrecht 42 Abgeordnete aus allgemeinen, direkten Verhältniswahlen mit Pluralstimmrecht für alle diejenigen, die mehr als 1600 M. Einkommen haben, oder 120 Steuereinheiten zahlen, oder das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis besitzen, hervorgerufen, und zwar sollen solche Bevorgungte eine Zuschlagsstimme erhalten. 40 Abgeordnete sollen von Kommunalverbänden gewählt werden, und zwar 10 in den 5 großen ersten Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau, 30 innerhalb der Amtshauptmannschaftsbezirke. Die Wahlen sollen in den 5 Städten die Stadträte und Stadtoberordneten in gemeinschaftlicher Sitzung vollziehen; in den Bezirken der Amtshauptmannschaften dagegen die Bezirksversammlungen. Letztere haben in der Regel die Aufgabe, gemeinsam mit der Amtshauptmannschaft die kommunalen Angelegenheiten zu regeln, die über den Bereich und die Kraft einer einzelnen Gemeinde hinausgehen, wie gewisse Zweige der Krankenpflege, der Armenfürsorge und des Begebaues. Gleichzeitig sind die Bezirksversammlungen Organe der Amtshauptmannschaft, die bestimmte Entscheidungen, z. B. über Konfessionserteilungen, nur mit Zustimmung der Bezirksversammlungen entscheiden darf. Zusammengefaßt wird diese Körperschaft folgendermaßen: Ein Drittel stellen die Höchstbesteuerten des Bezirkes (mindestens 300 M. Staatssteuer), die übrigen zwei Drittel die im Bezirke gelegenen Städte oder Landgemeinden in Gestalt von Abgeordneten, die fast ausnahmslos Bürgermeister oder Gemeindevorstände sind. Die Bezirksversammlung soll in der Regel aus 24 Vertretern bestehen.

Bei den Wahlen dieser 42 Abgeordneten ist jeder Einfluß der Wählerkraft, insbesondere der minderbemittelten, ausgeschaltet, denn die sozialdemokratischen Minderheiten in den Stadtverordnetenkollegien der großen Städte können ausschlaggebenden Einfluß nicht ausüben. In den amtshauptmannschaftlichen Bezirken aber wählen Bürgermeister und Höchstbesteuerte 30 Vertreter.

Die allgemeinen, direkten Verhältniswahlen sollen in 42 Wahlkreisen vorgenommen werden, und zwar bildet jeder der 27 amtshauptmannschaftlichen Bezirke einen Wahlkreis, außerdem je einen die Städte Plauen und Zwickau, in Dresden und Leipzig sollen je 5 und in Chemnitz 3 Wahlkreise gebildet werden.

Das mit der allgemeinen Wahl verknüpfte Pluralstimmrecht (siehe oben) führt zu einer Teilung der Wähler in solche erster und solche zweiter Klasse. Der weitaus größte Teil der Arbeiter gehört zur zweiten Klasse. Die Pluralwahl bezweckt ja auch eine Rechtsbenachteiligung der Arbeiter. Von den 666 645 Wahlberechtigten haben 607 702, also die erdrückende Mehrheit, ein Einkommen von weniger als 1600 M. Dazu kommen noch 8626 Wähler, die nur Grundsteuer zahlen. Mehr als 1000 M. haben nur 145 417 Wahlberechtigte. Diese keine Zahl zweistimmiger Wähler wird nur wenig durch solche von unten verstärkt werden, die das Einjährig-Freiwilligen- oder die mehr als 120 Steuereinheiten haben, denn diese werden ohnehin fast ausschließlich unter den 145 417 bereits zu finden sein. Die sozialdemokratische Partei wird also vorwiegend mit „einstimmigen“ Wählern zu rechnen haben.

Der Zentralwahlverein von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

Hielt am Sonntag bei Goype in Nixdorf eine Generalversammlung ab. Anwesend waren, wie die Prüfung der Mandate ergab, aus 24 Orten je 3 Delegierte, aus 10 Orten je 2 und aus 7 Orten je 1 Delegierter.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde „Der internationale Kongress in Stuttgart“ behandelt. Der Referent, Genosse Paul Firsch, wies auf die wichtigsten Punkte der Tagesordnung des Kongresses aufmerksam.

Die Kreisgeneralversammlung verpflichtet ihre Delegierten, sich in bezug auf die Frage der Parteiführer auf den Boden des Beschlusses des Mannheimer Parteitagess zu stellen.

Diese Resolution ist nicht so zu verstehen, daß man unter allen Umständen am 1. Mai gefeiert werden müsse, sondern dem Parteitagebefehl entsprechend, dort, wo die Möglichkeit bestehe.

In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage der Parteiführer berührt, während sich hinsichtlich der Befähigung des Kongresses nur eine Meinung geltend machte.

Genosse Banzier-Joffen wünschte, daß den Delegierten auch hinsichtlich der Parteiführer kein gebundenes Mandat gegeben werde. Wohl müsse diese Frage auf dem Kongress erörtert werden, doch sollten bindende Beschlüsse nicht gefaßt werden.

Genosse Fuchs erklärte, er sei durchaus kein Freund von gebundenen Mandaten. Da jedoch in der Parteiführer alle sich in dem Wünsche vereinten, mindestens das aufrechtzuerhalten, was bisher bestanden hat, gehe man nicht zu weit, wenn man darin den Delegierten gebundenes Mandat gebe.

Als Delegierte zum internationalen Kongress wurden einstimmig die Genossen Firsch-Charlottenburg, Firsch-Charlottenburg und Vogel-Nixdorf gewählt.

Gierauf hielt Genosse Fuchs einen Vortrag über die Lehren der Reichstagswahl. Der Redner wies zunächst auf die allgemeine Enttäuschung hin, die der Wahlausfall der Partei gebracht hat, aber auch auf die erfreuliche Stimmenzunahme, die dafür zeugt, daß die Idee des Sozialismus Fortschritte macht.

Als Delegationen zu Kongressen und Parteitagern steht der Vorstand der Wahlvereine mit dem Vorschlagsrecht der Ortsgruppen. Die Nominierung der Kandidaten ist Angelegenheit der betreffenden örtlichen Wahlvereine.

Genosse Fuchs sprach mit einem Antrage des Wahlvereins Schönberg, der besagt, daß bei der nächsten Agitation zur Gewinnung von „Vorwärts“-Lesern in den Flugblättern in leichtverständlicher, vollkommener Weise die Grundzüge der Partei und das Parteiprogramm abgedruckt werden sollen.

Ebenfalls wurde ein Antrag von Alt-Mitgliedern, bei der nächsten Landtagsagitation die Broschüre „Eine Abrechnung mit dem Reichstagsgenossen“, Nebe des Reichstagsabgeordneten N. Fischer“ zu verbreiten, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen sowie auch der folgende Antrag von Nixdorf:

Zu den Generalversammlungen des Zentralwahlvereins entsenden die örtlichen Wahlvereine mit weniger als 100 Mitgliedern zwei Delegierte, mit 100 bis 500 Mitgliedern drei Delegierte und für je 500 weitere Mitglieder einen Delegierten.

Redner gab sodann auf Grund der den Reichstagsabgeordneten zugegangenen Wahlstatistik zahlenmäßige Aufklärung über die Fortschritte oder Verkäufte der verschiedenen Parteien und zeigt, inwieweit es den Arbeiterparteien gelungen ist, die bisher gleichgültigen und gänzlich denkwürdigen Wahlberechtigten heranzuziehen.

So sehr auch die Kräfte der Parteigenossen durch die Landtagsagitation in Anspruch genommen werden, müsse doch im schwarzen Hinterland des Kreises mit immer größerem Eifer gearbeitet werden. Die Agitationsstellen reicheten dazu nicht aus.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde über einige Anträge beraten. Zunächst teilte jedoch Genosse Eberhard mit, daß der Bericht über die Reichstagswahlen den Wahlvereinen gedruckt zugehen wird.

Folgender Antrag vom Wahlverein Nixdorf wurde dem Vorstand überwiesen: Zu Delegationen zu Kongressen und Parteitagern steht der Vorstand der Wahlvereine mit dem Vorschlagsrecht der Ortsgruppen.

Das gleiche geschah mit einem Antrage des Wahlvereins Schönberg, der besagt, daß bei der nächsten Agitation zur Gewinnung von „Vorwärts“-Lesern in den Flugblättern in leichtverständlicher, vollkommener Weise die Grundzüge der Partei und das Parteiprogramm abgedruckt werden sollen.

Schließlich kamen noch einige Beschwerden zur Sprache, die sich hauptsächlich auf innere Angelegenheiten der Organisation bezogen. Ferner wurden der Streit des Wahlvereins Nixdorf und des dritten Kreises, um die „Neue Welt“ für das Meiste zu erhalten, sowie der Boykott des Mozarsaales erwähnt.

Aus der Partei.

Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart (18. bis 24. August 1907) wird am Sonntag, den 18. August, um 11 Uhr vormittags seine erste Plenarsitzung (in der Wiederhalle) abhalten, um die Begrüßungsreden zu hören und die endgültige Tagesordnung festzusetzen.

- 1. Der Militarismus und die internationalen Konflikte. 2. Die Beziehungen zwischen den politischen sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften. 3. Die Kolonialfrage. 4. Die Einwanderung und Auswanderung der Arbeiter. 5. Das Frauenwahlrecht.

Die Anmeldeungen der Delegierten sollen schleunigst erfolgen. Adresse des Stuttgarter Lokalkomitees: S. Dieb, Furibachstraße 12.

Eine Festung der Niedergerittenen, so schreibt man uns aus Halle a. S., ist nun auch hier dank der thätigen Tätigkeit der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen entstanden.

Ein neues Volkshaus in Madrid.

Die hiesigen sozialistischen Arbeiterorganisationen haben das im Mittelpunkt der Stadt belegene Palais des Herzogs von Velaz gekauft, um es zu einem Volkshause — an Stelle des bisherigen — zu machen.

So sieht denn das Proletariat der Hauptstadt Spaniens, ja die sozialistische Partei des ganzen Landes endlich den alten Traum verwirklicht: ein eigenes hübsches Heim zu be-

sitzen, um das unscheinbare Häuschen in der Melatoresstraße verlassen zu können. Langer Zeit hat es bedurft, und viele Schwierigkeiten waren zu überwinden; denn die Madrider Herren Haus- und Grundbesitzer machten es unseren Genossen nicht leicht, bis diese sich auf eigener Scholle niederlassen konnten.

Oesterreichischer Parteitag.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich hat beschlossen, den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auf den 29. September nach Wien einzuberufen; er wird voraussichtlich die Tage bis zum 3. Oktober in Anspruch nehmen.

Aus Industrie und Handel.

Die Lebensmittelpreise steigen noch immer. Nach der Tabelle der Lebensmittelpreise, welche die „Statist. Korresp.“ vorgefunden veröffentlichte, haben im Juni die Getreidepreise einen Stand erreicht, wie sie ihn seit langen Jahren nicht mehr hatten; selbst die Fleischpreise, die zum Stillstand gekommen schienen, beginnen teilweise wieder anzusteigen.

Der Weizen kostete im Juni d. J. im Durchschnitt aller Markorte 208 M. für 1000 Kilogramm gegen 202 M. im Mai d. J. Am teuersten war der Weizen mit 218 M. in Koblenz, am billigsten mit 198 M. in Frankfurt a. O.

Das Rindfleisch hat im Großhandel seinen Durchschnittspreis von 1270 auf 1280 M. für 1000 Kilogramm erhöht. Bromberg hatte eine Preissteigerung um 90, Kiel eine solche um 138 M., während Stettin eine Preisermäßigung um 50 M. zeigt.

Die Vertrauensfrage der Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika geht Hand in Hand mit der Vertrauensfrage der Eisenbahnen. Durch die Verschmelzung der großindustriellen Interessen mit denen der Eisenbahngesellschaften entwickelten sich große Eisenbahngruppen.

Amerikanische Eisenbahnen.

Die Vertrauensfrage der Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika geht Hand in Hand mit der Vertrauensfrage der Eisenbahnen. Durch die Verschmelzung der großindustriellen Interessen mit denen der Eisenbahngesellschaften entwickelten sich große Eisenbahngruppen.

Table with columns: Meilenlänge, Hauptzahl Eisenbahnlinien. Includes entries for Die Vanderbilt-Wahnen, Pennsylvania, Morgan-Hill-Wahnen, Gould-Rockefeller, Harriman-Anhu-Loeb, Moore-Wahnen (Rock Island-System).

Dazu ist zu bemerken, daß Rockefeller, der seine Hände in fast allen wirtschaftlichen Angelegenheiten Amerikas hat, auch an den Vanderbilt- und Morgan-Wahnen interessiert ist.

Zur Verpflichtung des Unternehmers, Unfallverhütungsmaßnahmen zu treffen.

Das Reichsgericht hat am 24. v. M. im Gegensatz zu der Vorinstanz eine bemerkenswerte Entscheidung über die Fürsorgepflicht des Unternehmers getroffen.

Die Anlagen der Papierfabrik B. bei Mainz werden von einer Eisenbahn durchschnitten. Anfangs verkehrten auf dieser Eisenbahnstrecke täglich 6 Züge. Bis in die jetzige Zeit hatte sich der Verkehr aber auf circa 50 Züge täglich gesteigert.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Den Genossen Berlins zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 18. Juli, von 7 Uhr abends an in den sechs Kreisen Berlins ein

Flugblatt

verbreitet wird, welches zur Einsichtnahme in die Stadtverordneten-Wählerliste

auffordert. — Wir bitten schon heute, hiervon Vermerk zu nehmen.

Der Aktions-Ausschuß.

Wilmersdorf. Die Genossen des dritten Bezirks werden ersucht, sich diesmal zum Jahlabend bei Käster, Lauenburgerstr. 21, einzufinden.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr, eine Wahlvereinsversammlung im Lokal von Wedhorn (Altes Schützenhaus) mit folgender Tagesordnung stattfindet: 1. Vortrag des Genossen Dr. Vorhardi über „Sozialdemokratie und Liberalismus“.

Waidmannslust. Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer findet am Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 8 Uhr, in Stolpe im Lokal der Witwe Bergmann statt. — Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen werden im Sommerhalbjahr am Sonntagabend nach dem Jahlabend abgehalten.

Berliner Nachrichten.

Vom Dreiklassenystem des Gemeindevahlrechts.

Für die Stadtverordnetenwahlen in Berlin, die der Herbst dieses Jahres aus bringt, sind im Wahlbureau des Magistrats die Vorbereitungen jetzt bis zur Aufstellung der Wählerliste gediehen. Die Liste wird im Wahlbureau (Poststr. 16) vom 15. Juli bis einschließlich 30. Juli öffentlich ausliegen, an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr.

Bei der Aufstellung der Wählerliste werden auch die drei Wählerabteilungen nach Maßgabe des Steueraufkommens abgegrenzt. Die Abgrenzung hat diesmal wieder ergeben, daß die Gegenseite, die bei diesem Wahlsystem so handgreiflich klar hervortreten, immer schärfer werden. Wer nach der Ehre geizt, zu dem aussergewöhnlichen Gauslein der Wähler erster Abteilung zu gehören, der muß jetzt mindestens 4481,40 Mk. Steuern zahlen.

Die Zahl der Wähler, aus denen diese drei Abteilungen sich zusammensetzen, ist noch nicht bekannt. Sie wird im September den Stadtverordneten durch Vorlage zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden, und man wird dann sehen können, wie auch das Verhältnis, das zwischen den Wählerzahlen der drei Abteilungen besteht, wieder noch ärger geworden ist.

Das Ende des Sechseromnibus?

Der Plan der „Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft“, auch auf ihren noch mit Pferden betriebenen Linien die fünf-pfennig-Teilstrecken zu beseitigen, wird in denjenigen Schichten der Berliner Bevölkerung, die auf die Benutzung des Omnibusses angewiesen sind, keine Freunde finden. Die finanzielle Bedeutung einer solchen Maßregel wurde im „Vorwärts“ schon im April vorigen Jahres beleuchtet, als die Omnibusgesellschaft daran ging, vorläufig nur für ihre Automobillinien die fünf-pfennig-Teilstrecken abzuschaffen.

Für die Automobillinien ist der Teilstreckenpreis sogleich von 5 Pfennig auf 10 Pfennig erhöht worden, für die Linien mit Pferdebetrieb soll er von 5 Pfennig auf 7 1/2 Pfennig erhöht werden, unter gleichzeitiger Einschränkung der Teilstreckenlänge. Im Jahre 1906, für das wir jetzt die Zahlen mitzuteilen in der Lage sind, wurden von der „Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft“ rund 128 1/2 Millionen Personen befördert, davon über 98 1/2 Millionen für 5 Pfennig.

7 1/2 Pfennig sämtlich dem Omnibus treu blieben, so käme für die Gesellschaft ein Gewinn von 100 Millionen mal 2 1/2 Pfennig heraus, macht 2 1/2 Millionen Mark Mehreinnahme. Da gleichzeitig die Teilstrecken verkürzt werden sollen, so müßte manche fünf-pfennig-Fahrt künftig sogar durch eine zehn-pfennig-Fahrt ersetzt werden. Das ergäbe dann für die Gesellschaft einen weiteren Einnahmezuwachs, wenigstens auf dem Papier.

Uebrigens kommen hierzu noch einige „Nebenabgaben“. Da wir keine Münze zum Wert von 7 1/2 Pfennig haben, so soll die Einrichtung getroffen werden, daß die Fahrgäste entweder sogleich mehrere Billets auf Vorrat kaufen oder das einzelne Billet mit 5 Pfennig bezahlen. Wenn nur der dritte Teil aller 7 1/2 Pfennig-Fahrgäste Einzelbillets mit 5 Pfennig bezahlt, so macht das 25 Millionen mal 1/2 Pfennig, d. h. 125 000 Mark.

Sträflinge am Rathaus-Franger.

Man schreibt uns: Gestern sah ich in der „humansten Stadt der Welt“ wieder mal das alte Bild, das ich nun schon seit Jahren kenne. Stehen oder acht Sträflinge aus dem Mummelsburger Arbeitshaus in ihrer charakteristischen weißen Tracht mit der schwarzen Kappe reinigten den an der Westseite des Berliner Rathauses sich entlang ziehenden, etwa einen Meter tiefen Jemenstschacht. Nicht ein Ausnahmefall, wie er etwa bei einem Streik der Straßeneiniger denkbar wäre, liegt vor, sondern regelmäßig werden diese Arbeiten, auch auf den Höfen und Korridoren des „roten Hauses“, von Sträflingen vollzogen.

Ein gefährliches Verkehrshindernis, das schon seit langen Gegenstand zahlreicher Klagen ist und namentlich von den Bewohnern des Nordostens oft recht schmerzhaft und zwar in doppelter Beziehung empfunden wird, bilden die Holzpfähle mit dem eisernen Kettenbehang vor dem Grand Café Alexanderplatz am Eingang Neus Königstraße. Wringt schon die ohnehin sehr schmale Passage der rechten Seite dieser Straße mit ihrem so regen Verkehr an Straßenbahnen, Fußwerkeln usw. die Fußgänger in stete Gefahr, so wird diese durch die oben bezeichneten Pfähle der linken Straßenseite noch vergrößert.

Ein Ehepaar von einer Dogge zerfleischt. Ein schrecklicher Vorgang hat sich am Sonntag in der Hochstr. 48 zugetragen. Der dort wohnhafte Hausdiener Robert Fiebig besitzt einen Hund, und zwar eine gefährliche Wulfdogge. Wegen einer Unart sollte das Tier gestern von der Frau des F. geschlagen werden.

Von Räubern angegriffen und schwer verletzt wurde gestern der 27-jährige Kutscher Frey Anklad aus der Rügenstr. 85. R. hatte

mit seinem Fuhrwerk vor einem Restaurant in der Graunstraße gehalten, um ein Glas Bier zu trinken. Als er die Beche bezahlte, beobachteten mehrere anwesende junge Burken, daß er viel Geld im Portemonnaie hatte. Beim Hinaustrreten auf die Straße folgten sie dem Kutscher und sie forderten ihn auf, Geld herauszugeben.

Aus der Selbstmordchronik. Großes Aufsehen rief am Sonntag spät abends am Schledowiger Ufer die Tat einer jungen Lebensmüde hervor. In unmittelbarer Nähe der Hansfabrik hatte ein etwa 18 Jahre altes Mädchen durch sein aufgeregtes Wesen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Einen marktschreierischen Schrei ausstößend, stürzte es sich plötzlich über die Uferböschung hinweg in die Spree und ertrank.

Ein unglücklich dreistes Diebesstück vollbrachten in der gestrigen Nacht Eindringler in einem der belebtesten Teile der Friedrichstraße. Nachdem sie vergeblich versucht hatten, in den Laden der Süßbäckerei von Schmidt, Friedrichstr. 190, einzudringen, machten sie sich trotz des starken Fußgängerverkehrs, der nachts in der fraglichen Gegend herrscht, daran, die große Schaufensterscheibe einzubringen.

Ein Raubdiebstahl.

Ein schreckliches Lynchgericht ist am Sonntag an einem Laubendieb angeführt worden. Der Kutscher Otto Gutsche, Kristianstr. 20 wohnhaft, soll schon wiederholt die Weitzer der an der Grünäckerstraße belegenen „Kolonienlaube“ heimgeführt und es stets auf Laubendiebstahl abgesehen haben.

Ihren hundertsten Geburtstag konnte am Sonntag die Witwe Wilhelmine Neßke, Gitschinerstr. 87, feiern. Die Greisin soll dem Umständen nach noch geistig und körperlich frisch sein; sie liest noch täglich ihre Zeitung und interessiert sich noch lebhaft für die Ereignisse, die außerhalb ihrer vier Wände geschehen.

Ein verwegener Bankraub wurde am Sonntag auf dem Bahnhof Friedrichstraße verübt. Nachmittags gegen zwei Uhr war der Bankbeamte Leopold Klock in der auf dem Bahnhof Friedrichstraße gelegenen Wechselstube des Bankhauses Karl Wauß gerade damit beschäftigt, Banknoten zu zählen, als sich plötzlich und ohne daß er es sah, durch das halbgeöffnete Schalterfenster der Oberkörper eines Mannes hob.

Bombensatz auf der Straße. Unverwartete Folgen hatte ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug und einem Konstruktionswagen, der sich gestern nachmittag in der Kantstraße ereignete. In der Nähe der Tauenzienstraße wurde ein Geschäftswagen, der eine große Ladung Bombensatz enthielt, von einem Motorwagen der Linie O angefahren und so bestieg auf die Seite geschleudert, daß die Ladung auf die Straße stürzte.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute Dienstagabend findet der letzte Unterricht in Naturerkenntnis statt. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr.

Der „Arbeiter-Schwimmerbund“ veranstaltete auch in diesem Jahre am Sonntag, den 7. Juli, ein Dauerschwimmen über 1850 Meter im Mummelsburger See. Für jeden Freund einer gesunden, den Körper stärkenden und den Geist erfrischenden Leibesübung war es eine Freude, zu sehen, mit welcher Lust die kräftigen, zum Teil von der Sonne gebräunten Gestalten im lebhaften Wettkampf ihre Kräfte einander gegenüberstellten.

nicht gerade hohen Wassertemperatur, so war der Erfolg doch ein voller. Mehrere tausend Personen verfolgten mit großem Interesse die zum Teil spannenden Endkämpfe. Lebhaft begrüßt wurden die guten Leistungen der Jugend und der Damen, welche die ganze Strecke in schönem Stil zurücklegten. Kurz, das ganze Fest war ein Zeichen guten Könnens, ein Zeichen der Leistungsfähigkeit der Arbeiter-Schwimmvereine. Wägen sich auch ferner recht viele Arbeiter und Arbeiterinnen der schönen Schwimmsache mit allen Kräften widmen für die Gesundung und Kräftigung des Proletariats, um es zu stärken und abzu härten für seine kommenden Kämpfe.

Auch an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die Arbeiter-Schwimmvereine unentgeltlichen Schwimmunterricht erteilen an alle Proletarier ohne Unterschied des Alters und Geschlechts. Zu näheren Auskünften ist stets gern bereit: F. Staeger, W. 8, Krausenstraße 18.

Die Resultate des Festes sind folgende:
Wahnlänge 1850 Meter.

1. Seniorschwimmen. (Teilnahme 7.) 1. Kurt Krebs, „Vorwärts“-Berlin, in 30 Min. 10¹/₂ Sec. 2. Fritz Kowinsky, „Freie Schwimmer“-Charlottenburg, in 30 Min. 37¹/₂ Sec. 3. Emil Kassel, „Vorwärts“-Berlin (Sieger des Vorjahres) in 31 Min. 18 Sec.

2. Juniorschwimmen. (Teilnahme 23.) 1. E. Fischer, „Freie Schwimmer“-Charlottenburg, in 31 Min. 10 Sec. 2. W. Blacqz, „Vorwärts“-Ober-Schöneweide, in 31 Min. 22 Sec. 3. W. Körger, „Vorwärts“-Berlin, in 31 Min. 40 Sec.

3. Jugendschwimmen. (Teilnahme 23.) 1. W. Frank, „Vorwärts“-Rixdorf, in 29 Min. 26 Sec. 2. F. Finius, „Freie Schwimmer“, in 30 Min. 39 Sec. 3. D. Röber, „Freie Schwimmer“, in 30 Min. 58 Sec.

4. Knabenschwimmen. (Teilnahme 9.) 1. Storzewski, „Vorwärts“-Reinickendorf, in 35 Min. 11 Sec. 2. A. Kuris, „Freie Schwimmer“, in 35 Min. 25 Sec. 3. R. Götz, „Vorwärts“-Rixdorf, in 35 Min. 53 Sec.

5. Damen bis 16 Jahre. (Teilnahme 5.) 1. Fräulein Wallentin, „Vorwärts“-Berlin, in 42 Min. 24¹/₂ Sec. 2. Fräulein Blöter, „Freie Schwimmer“, in 47 Min. 32 Sec.

6. Damen über 16 Jahre. (Teilnahme 7.) 1. Fräulein A. Leutloff, „Freie Schwimmer“, in 36 Min. 27 Sec. 2. Fräulein A. Degener, „Freie Schwimmer“, in 36 Min. 29 Sec. 3. Fräulein B. Richter, „Vorwärts“-Berlin, in 39 Min. 40¹/₂ Sec.

Radrennen in Steglitz. „Großer Sommer-Preis“ betitelt sich das 100 Kilometer-Rennen, das am Sonntag von dem Berliner Albert Schippe in 1 Stunde 15 Minuten 15¹/₂ Sekunden vor E. Bruni (2020 Meter), P. Guignard (4210 Meter), P. Didentmann (5390 Meter) und Th. Nohl (6860 Meter zurück) gewonnen wurde. Der Franzose Guignard, der vom Start ab die Spitze hatte, führte in gewohnter brillanter Weise; beim 43. Kilometer setzte sein Motor plötzlich aus und er fuhr zur Stelle ist, ziehen alle Gegner vorbei und Guignard fällt auf den vierten Platz vor Didentmann, dem schon vorher seine Führung des öfteren einen Streich gespielt. Schippe schwächelte sprich allgemein an; der „Altmeister“ Nohl versagte vollständig; ohne daß ihn irgend eine Störung betraf, ließ er sich von allen seinen Gegnern überwinden und Didentmann konnte ihn noch im letzten Augenblick auf den fünften Platz verweisen. Das Rennen war reich an schönen sportlichen Kämpfen, da die ersten Vier sich alle redliche Mühe gaben und besonders zum Schluß gut kämpften. Ramentlich Guignard und Didentmann gingen energisch vor und passierten nach Kampf den führenden Schippe, der seinerseits während der letzten 20 Kilometer ein Treffen mit Bruni hatte, das er in der vorletzten Runde zu seinem Gunsten entschied. Stürmischer Jubel begrüßte den Sieger. — Die Liegerennen hatten wie immer eine sehr starke Befegung und gab es zum Teil schöne Endkämpfe. Das Hauptfahren gewann der Italiener Messori vor Heile, Wader und Wegener. Im Brämienfahren war es Kubela, der sechs Runden führte, um dann den Sieg Scheuermann zu überlassen, der vor Techner, Teile und Tezlaß einlief. Die beiden Vorgabefahrer sahen die Malleute Heile und Wader als Sieger vor Wegener (20), Kubela (10), Scheuermann (10), Techner (40). — Den Schluß machte ein Tandemfahren, das einen schönen Sieg von Kubela-Wader vor Wegener-Scheuermann, Techner-Tezlaß und Ruh-Müller zeitigte. Heile-Messori traten zu früh an. — Der Besuch war gut und dank dem Wetter wurde das Dauerrennen in die Mitte genommen, eine Aenderung, die den Weisfall aller Zuschauer und Rennfahrer hatte.

Radrennen zu Treptow, 7. Juli. Das Ratz Demle-John Bedell, das in drei Rufen über 10, 15 und 20 Kilometer angesetzt wurde, hatte der Bahn trotz dem unbeständigen Wetter guten Besuch zugeführt. Das Rennen verlief, da beide Fahrer einander gleichwertig waren, spannend. Im ersten Lauf wurde Demle gleich anfangs durch den Druck seiner Lenkstange lahmgelegt, so daß er, nachdem er ein neues Rad bestiegen, mit sechs Runden Verlust als Zweiter einlief. — Den zweiten Lauf brachte Demle an sich; vier Runden vor Schluß gab der Amerikaner auf, nachdem er von seiner Führung abgefallen war. — Im dritten Lauf siegte Demle abermals, sein Gegner endete 285 Meter hinter ihm, nicht ganz eine Runde zurück. Demle war somit Sieger und gewann 400 M., John Bedell erhielt 400 M.

Die Druckmaschinenhändler sehen in dem neuen Unternehmen, wonach eine Gesellschaft in den Wagen der Straßenbahnen Zeitungen verkaufen läßt, ihren Ruin und beabsichtigen in einer Versammlung, die heute abend 9¹/₂ Uhr im „Englischen Garten“ stattfindet, dagegen Stellung zu nehmen.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Sonntag wurde die Feuerwehr zweimal nach der Grenadierstraße gerufen. Um 4 Uhr brannten dort in Nr. 4a Betten und anderes und um 5¹/₂ Uhr war die Brandstelle nicht zu ermitteln. Gleichzeitig mußte in der Proffauerstraße 12 ein Kleiderbrand gelöscht werden. Der 11. Zug wurde nach der Fährbringerstraße 1 alarmiert. Eine an Wahnvorstellungen leidende Frau, die man allein in einer verschlossenen Wohnung gelassen hatte, versuchte dort aus dem Fenster der dritten Etage zu springen, was zum Glück verhindert werden konnte. In der Mauersir. 83 hatte der 19. Zug einen Wohnungsbrand zu löschen. Möbel, Betten, Gardinen, Kleider und Innobildern standen in Flammen. Küchenbrände beschäftigten die Wehr in der Schweberstr. 241, Stalshreiberstr. 88/89, Wollnerstraße 10, Urbanstr. 38 und anderen Stellen. In der Oranienstraße 31, Rothfischerdamm 12 und anderen Orten waren in Wägereien Feuer ausgebrochen. In der Altensteinerstr. 12 wurden Teppiche u. a. ein Raub der Flammen. Außerdem liefen noch Alarne aus der Reuen Hochstr. 40, Rordörferstr. 23, Stromstr. 41 und Langestr. 86a ein.

Vorort-Nachrichten.

Pankow.

Das Opfer eines Straßenbahnunfalls mit tödlichem Ausgang ist der 18-jährige Sohn des Straßenfegers Piotowski aus der Dreiecksstraße 18 in Pankow geworden. Der Kleine hatte sich in der Nähe des Elternhauses an eine Droschke angehängt und war während der Fahrt heruntergestürzt. Er geriet nun unter einen hinterherfahrenden Straßenbahnwagen der Linie Behrenstraße-Pankow und wurde so unglücklich überfahren, daß er kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus an den Folgen der erlittenen schweren Verletzungen starb.

Reinickendorf.

Ein großer Telegraphendiebstahl ist in der Humboldtstraße in Reinickendorf verübt worden. In der Nähe des St. Sebastian-Friedhofes wurden zwischen den Telegraphenstangen 85 und 87 sämtliche Leitungsdrähte abgeschnitten und entwendet. Die telegraphische Verbindung war infolge des dreifachen Diebstahls vollständig unterbrochen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Pankow.

Vor einigen Wochen reichten die hiesigen Bauarbeiter bei der Gemeinde eine Petition ein, um auf dem im Bau begriffenen Gymnasium und einer Volksschule die Baupolizei zu befechtigen. Die Gemeindevertretung nahm in ihrer nächsten Sitzung hierüber Kenntnis, erkannte jedoch die Dringlichkeit zur Verhandlung der Petition nicht an, stellte diese vielmehr zurück. Hiergegen protestierte eine weitere Versammlung in einem zweiten Schreiben, ohne indes eine Aenderung zu erzielen. Der hiesige Baumeister Dorn, welcher beide Bauten in Ausführung hat, stellte vielmehr Kford mauer ein, da die Volksschule so rasch wie möglich fertig gestellt werden muß. Am 5. Juli kam es nun zwischen dem Pöster und den Steinträgern zu Streitigkeiten, welche zu einer blutigen Schlägerei ausarteten. Der vor dem Bau befindliche Streifenposten besah noch die Menschenfreundlichkeit, den Gendarm herbeizuholen!

Wird nun bald die Gemeinde eingreifen, um Frieden zu stiften und nicht einseitig Unternehmerinteressen wahrnehmen? Hoffentlich ziehen die Arbeiter aus diesen Vorkommnissen die Lehre für die nächsten Kommunalwahlen.

Der Wahlverein Pankow, welcher seit Januar dieses Jahres sich vom Lichterfeld abgezweigt hat, ist in den sechs Monaten beinahe aufs Doppelte gestiegen, nämlich auf über 200 Mitglieder. Er hat mit dem gestrigen Tage ein zweites Saallosal errungen, das im alten Dorf gelegene Restaurant „Fiel“, früher Otto Bergers Wirtschaft. Die Speicher, die bisher in dem Lokale verkehrten und unsere Partei tobjagten, werden ihre grauen Häupter schütteln.

Alt-Glienide.

Der Gemeindevertreter Genosse Billy Grieh hat sein Amt als Gemeindevertreter niedergelegt. Der Grund ist in familiären und wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Potsdam.

Bei dem Umbau der sechsten Straßenbahn zum elektrischen Betrieb hat sich zur Aufrechterhaltung des Pferdebahnbetriebes an verschiedenen Punkten der Stadt eine provisorische Gleisüberlegung notwendig gemacht, die 11 255 M. Kosten verursacht. Da die Summe des ganzen Baues doch bedeutend überschritten wird, so sucht man jetzt möglichst durch Uebernahme auf andere Positionen die Kosten zu erniedrigen. Diese Summe wird aus den Ueberschüssen der Straßenbahn gedeckt.

Von größerem Interesse ist eine Verhandlung in der letzten Stadterordnetenversammlung über Anlegung eines Radfahrweges (1650 M.) von der Helmholz-, Wollmerstraße, am Heiligen See bis zur Kurfürstenstraße, die durch eine Petition dortiger Besitzer gefordert ist. Der erste Bürgermeister Vosberg wies darauf hin, daß das Fahrrad ein hochmodernes Verkehrsmittel sei, welches im Gegensatz zu der in der Versammlung aufgetretenen Auffassung nicht bloß den Interessen der oberen Jehnauendienst, sondern welches insbesondere auch von großen und kleinen Gewerbetreibenden, Agenten, Technikern, selbst besseren Arbeitern, den liberalen Berufen, wie Kerzten usw. benutzt wird. Im übrigen warne er davor, in der Verjammung den Standpunkt zu ähnen, als wäre die Gemeinde hervorragenden Mithärgern und kräftigen Steuerzahlern weniger Rücksicht schuldig. Es entspreche durchaus dem Charakter der Stadt, daß neben den Gewerbetreibenden auch dem vornehmern Teil der Bevölkerung eine besondere Rücksicht zu teil werde.

Dieser Standpunkt war für die Stadterordneten so überzeugend, daß die Vorlage angenommen wurde.

Vermischtes.

Der Juwelenlieb Felly Lütke ist in London verhaftet — gewesen. Diese ein doppeltes Aufsehen erregende Nachricht ist durch den Droht aus der Themsestadt in Berlin eingelaufen. Wie hier festgestellt wurde, ist Lütke am 28. Juni, bald nachdem er seinen Vater auf dem Bahnhof Friedrichstraße verabschiedet hatte, dorthin zurückgekehrt und abgereist. Die Annahme mehrerer hiesiger Blätter, daß Lütke in Berlin von einem Freund verborgen gehalten werde, war eine ganz willkürliche und durch nichts gerechtfertigt. In London wurde Lütke festgenommen. In seiner Verdrängnis rief er das dortige Konsulat an und erklärte, daß er sofort nach Nürnberg zurückkehren würde. Sei es nun, daß man Lütke dort noch für einen Ehrenmann hielt, sei es aus einem anderen Grunde; genug, man glaubte dem Schauspielers und entließ ihn. Kreuzfeld zog Lütke von dannen. Radträglich scheint sich dann in London eine größere Macheit und Einsicht durchgegrungen zu haben: man teilte der Berliner Kriminalpolizei mit, daß Lütke dort freigelassen wurde, weil er über Berlin nach Nürnberg zurückreisen würde. Diese Entlassung Lütkes in London wird dadurch erklärlich, daß Lütkes Strafzinsen nicht zu denen gehören, wegen welcher nach dem zwischen England und Deutschland bestehenden Auslieferungsvertrag vom 14. Mai 1872 eine Auslieferung folgt. Die Berliner Kriminalpolizei stand der in London ausgeprochenen Absicht des geriebenen Diebes skeptisch gegenüber, mußte aber immerhin mit der Möglichkeit der Rückreise Lütkes rechnen. Daher wurden die Bahnhöfe besetzt und alle in Frage kommenden Jäger genau durchsucht. Dabei richteten die Beamten ihr Augenmerk auch auf eine etwaige Verkleidung Lütkes als Frau. Es ist die Annahme gerechtfertigt, daß Lütke Berlin nicht liebt und auch wohl nicht nach Nürnberg zurückkehrt. — Der Genosse Lütke, Fritz Horchel, der am 15. Dezember 1876 in Ball-Platz geboren ist, ist gleichfalls noch nicht ergriffen.

Die Genidfarre im Ruhrgebiet. Nach einem von dem königlichen Medizinalrat Dr. Springfeld dem Regierungspräsidenten unterbreiteten amtlichen Berichte sind, wie aus Dortmund telegraphiert wird, in dem Regierungsbezirk Arnberg (Ruhrgebiet) im ersten Semester des Jahres 1907 insgesamt 462 Personen an Genidfarre erkrankt. Im Jahre 1906 zählte man im Bezirk 50, 1906 250 und im Jahre 1907 nahezu um 350 Personen mehr an Genidfarre Erkrankter als in demselben Semester des Vorjahres. Der Bericht des Dr. Springfeld betont, daß, falls nicht schleunigst gegen die Ursache die energigsten Maßnahmen ergriffen werden, der nächste Winter zweifellos Massenkrankungen bringen werde. Man würde dann Millionen ausgeben müssen und doch nicht mehr den vollen Erfolg erzielen können. Als besonders hebenlich wird in dem Bericht die Erscheinung hervorgehoben, daß unter den Erkrankten zahlreiche Personen sind, die dem Nahrungsmittelhandel angehören.

Zwei Preisprechungen wegen Mord bzw. Totschlag erfolgten in den letzten Tagen im Großherzogtum Sachsen. Der eine Fall betrifft den Landwirt Hesse aus Pfuhsborn bei Apolda. Derselbe war angeklagt, seinen Schwiegervater, der als Auszügler bei ihm wohnte, erwürgt und die Leiche beseitigt zu haben. Das gemeinschaftliche Schwurgericht in Rudolstadt sprach den Angeklagten frei. Es wurde angenommen, daß derselbe in Notwehr gehandelt habe. Der Angeklagte wurde eines Tages von seinem Schwiegervater mit dem Beile bedroht. Im gegenseitigen Ringen brach plötzlich der alte Mann leblos zusammen. Hesse, der allein zu Hause anwesend war, packte nun die Leiche in einen Sack und schaffte sie nach seinem Steinbruch, wo er sie einbrach. Anfanglich leugnete er, etwas über den Verbleib des alten Mannes zu wissen. Eines Tages wurde aber die Leiche in dem Steinbruch gefunden und nun legte der Angeklagte ein Geständnis dahingehend ab, daß er in Notwehr gehandelt und aus Furcht die Leiche beseitigt habe. Da die den Geschworenen vorgelegten Fragen auf Mord bzw. Totschlag verneint wurden, erfolgte Freisprechung.

Ähnlich erging es in dem zweiten Falle. Derselbe betraf einen kroatischen Steindarbeiter. Derselbe war mit noch einer Anzahl Kroaten und Bosnier auf dem Steinbruch des Kalkwerkes Steudnitz bei Dornburg beschäftigt. Eines Tages fand man einen Bosnier jämmerlich zugerichtet, mit Dolch- und Messerstichen zerfleischt, als Leiche. Zwischen den Kroaten und Bosniern besteht ein fanatischer Rivalitätenhass. Der Angeklagte gab auch hier zu, daß er mit einer Eisenstange den Bosnier über die Brust geschlagen

habe. Die vielen Dolch- und Messerstücke seien diesem aber von den übrigen Kroaten beigebracht, die kurz nach der Tat spurlos verschwunden sind. Das Schöffengericht in Jena nahm nun an, daß der Kroat in Notwehr gehandelt habe, infolgedessen erfolgte Freisprechung. — Dr. M. Frenzel, der Besitzer des Steudnitzer Kalkwerkes, beschäftigt fast durchweg ausländische Arbeiter, die schon öfter derartige Szenen aufgeführt haben. Bei dem fimmerlichen Lohne, den dort die Arbeiter erhalten, ist es begreiflich, daß die Qualität der Arbeiter, die aus den verschiedensten Ländern bezogen werden, eine sehr minderwertige ist. Im Interesse des heiligen Profites sähert man sich aber wenig darum, ob Mord und Totschlag die Folge der moralischen Degeneration ist.

Großfeuer brach gestern morgen in dem großen Dresdener Warenhaus Bantel infolge einer Störung in der Gasanlage aus. Ein großer Seitenflügel mit wertvollen Stoffen ist fast völlig vernichtet. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann verwundet.

Eisenbahnunfall. Nach einer Meldung aus Mailand hat gestern früh zwischen einem von Turin kommenden Güterzuge und einem nach Porto Ceresio fahrenden elektrischen Zuge in der Nähe des Bahnhofes von Mailand ein Zusammenstoß stattgefunden, bei dem ungefähr zwanzig Personen verletzt wurden, darunter vier schwer. Mehrere Wagen sind entgleist und haben starke Beschädigungen erlitten.

Opfer seines Berufes. Sonntagabend gegen 11¹/₂ Uhr ist auf dem Bahnhof in Stendal der Arbeiter Otto Pappe beim Nachsitzen eines Handwagens der Güterabfertigung von Bahnsteig 2 nach Bahnsteig 3 durch eine leerfahrende Lokomotive auf dem Ueberwege erfaßt und an beiden Beinen schwer verletzt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Absturz in den Bergen.

Zwei deutsche Studenten hatten nach einer Meldung aus Grenoble am Sonntag einen Ausflug nach der Chauxreufe unternommen und sich unterwegs verirrt. Einer derselben stürzte eine 150 Meter hohe Felswand hinab und war auf der Stelle tot. Die Leiche konnte geborgen werden.

Ein Schiffsunfall. Aus Victoria (Britisch-Columbia) kommt die Nachricht, daß der Dampfer „Montroyal“ der Hudson-Bay-Company, der auf dem Skeena-Fluß verkehrt, in einer engen Felsenklucht vollständig wrad geworden ist. Eine Anzahl Passagiere haben sich auf eine Insel in der Schlucht gerettet, fünf Mann der Besatzung ertranken.

Unter den Rädern. Auf dem Güterbahnhof in Frankfurt a. M. wurde der Stationsvorsteher Deutenmüller von einem Rangierzuge überfahren und an beiden Beinen schwer verletzt.

Ein Gemälde von Poussin vernichtet. Sonntag nachmittag zerfiel in Paris ein Mann das Gemälde „Die Sündflut“ von Poussin im Louvre-Museum durch Messerschlitte. Um 3 Uhr hörte der Wächter des Kollon-Saales im ersten Stockwerke einen Mann am anderen Ende des Saales tödliche Schreie ausstoßen. Auf ihn zu laufend, erblickte der Wächter entsetzt ein langes Messer in der Rechten des unheimlichen Menschen, der höhnisch lächelnd den Blick der Mittelwand zuehrte. Poussins berühmte „Sündflut“ (1,50 x 1,15) war durch acht Schmitte vernichtet. Der Vorfall erregte ungeheures Aufsehen. Direktor Comolte mußte von Fremden gestützt werden, so furchtbar wirkte der Anblick des zerfetzten Kunstwerkes auf ihn. Im Kommissariat erklärte Comolte, er wollte wegen seiner Rolle die allgemeine Aufmerksamkeit erregen. Der Minister Dujardin will sich an die besten Wiederhersteller von Gemälden in Europa wenden, in der Hoffnung, daß das Bild vielleicht doch noch zu retten ist.

Die Zeichen der Macht und Würde gestohlen. Aus London wird berichtet: Bei den Vorbereitungen, die für den Empfang des Königs zu dessen Besuch bei der Feier des Ritterordens von St. Patrick in Dublin getroffen wurden, stellte sich heraus, daß die königlichen Insignien des Ordens, im Werte von 50 000 Pfund Sterling, die auf Schloß Dublin aufbewahrt wurden, gestohlen worden sind.

Ein Bombenanschlag. Wie aus Shanghai gemeldet wird, wurde am Sonnabend ein Bombenanschlag auf den Gouverneur von Anhui unternommen, als dieser die Kabinette der Gendarmerschule musterte. Die Bombe explodierte, drei Offiziere wurden getötet, einer wurde verletzt.

Die Opfer des 4. Juli in den Vereinigten Staaten betragen nach der „Chicago Tribune“ 37 Tote und 2153 Verwundete, die durch Freudenfeste, Feuerwerk und Freudenfeuer gefallen sind. In New York zählte man allein 7 Tote und 6 Schwerverletzte, sowie 116 Verwundete; 423 Personen wurden nach den Hospitälern gebracht. — So feiern die Amerikaner den Tag der Unabhängigkeitserklärung, den 4. Juli 1776, ihr größtes Nationalfest.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Eingang 4, eine Treppe (Handelsstraße) Beckmann, Durchgang nach Lindenstr. 101) nachmittags von 7¹/₂ bis 9¹/₂ Uhr abends statt. Gebühren 7 M. Sonntags beginnt die Sprechstunde am 6. Uhr. Jeder Auftrag ist ein Wunsch und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Zwei Streite. Bei hiesiger Platte genügt 2¹/₂ Millimeterdicke. — N. 20. 1. Ja, Sie selbst würden für die Steuern mithalten. 2. Falls Sie veranlagt werden, ja. 3. Nein. — N. 6. 6. Wenden Sie sich an einen Chemiker. Uns ist kein zuverlässiges Mittel bekannt. — N. 3. 25. Wenn das Betriebskapital 3000 oder der Jahresverdienst 1500 M. übersteigt: ja. — N. 2. 27. Die Möglichkeit trifft auf sämtliche Gemeinden zu. Wegen die Anordnung wäre Beschwerde und Verwaltungsstreitverfahren zulässig. — N. 2. 100. Wenden Sie sich direkt an die Oberpostdirektion. — N. 31. 1. Ja. — N. 2. 43. 1. Leider nein. 2. Ja. — N. 2. 164. Nach Artikel 9 des deutschen Münzgesetzes braucht man bei Zahlungen (auch Lohnzahlungen) Kupfer- oder Nickelmünzen in keinem höheren Betrag als je von einer Part. Reichsbankmünzen in keinem höheren Betrag als zwanzig Mark anzunehmen. Silber und Goldstücke können in unbegrenzter Zahl als Zahlungsmittel verwendet werden. — N. 2. 33. Wenden Sie sich an das Volksgericht. — N. 2. 55. Zum Weiterverkauf sind Sie nicht berechtigt. Sie können nur entweder auf das Anerbieten, den Betrag anzunehmen, eingehen, oder auf Zahlung der 33 M. kagen. — N. 2. 33. Nein. — Ausländer 3. Die Kosten können etwa 10 000 M. betragen. — N. 22. 1. Nein. 2. Das ist überflüssig, es genügt, daß Sie dem Wirt mitteilen, die Kündigung nehmen Sie nicht an. — N. 72. Ja. — Vrienerstr. 2. Das ist möglich. — N. 3. 87. 1. Auskunft können wir aus strafrechtlichen Gründen Ihnen nicht erteilen, es steht Ihnen frei, die Anklageerträge in einer öffentlichen Bibliothek einzusehen. 2. Durch die Verhandlung Vormünder erhalten Sie sämtliche Bücher. — N. 2. 2. Welche, 1. und 2. Ohne Einsicht der Akten sind Ihre Fragen nicht zu beantworten. 3. Nein. 4. Sie können einen Antrag niederlegt stellen. — N. 1907. Wenn Sie den Beweis über den von Ihnen behaupteten Einwand führen, so würde die etwaige Klage abgewiesen werden.

Witterungsbericht vom 8. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter		
Eutinende	761.5	SW	2halb	bd.	Daparanda	760.5	SW	4	wolkenl.		
Hamburg	761.5	SE	2	bed.	12	Betersburg	761.0	SW	1	bed.	
Berlin	762.5	SW	2	wolkenl.	15	Schilf	762.5	SW	4	bed.	
Frankf. a. M.	761.0	ND	2	halb	bd.	14	Aberdeen	752.5	SE	2	Regen
München	759.0	ND	2	wolkenl.	14	Paris	763.0		2	wolkenl.	
Wien	762.0	SE	1	wolkenl.	18						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 9. Juli 1907.

Zunächst etwas wärmer, vielfach heiter, bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung, Gewitterregen mit Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 8. Juli vorm. Elbe bei Aulka — Meter, bei Dresden — 1,10 sp. — Elbe bei Magdeburg 1,67 Meter. — Oder bei Ratibor — Meter. — Oder bei Breslau — 1,00 Meter. —